



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

72. Jahrgang – Nr. 69 – Sept. 2023

Gedenkveranstaltung der Deutschen Bundesregierung

Mahnmal für NS-Opfer in Gmunden

Nationalfonds der Republik Österreich



Worte des Chefredakteurs

Ein heißer Sommer liegt hinter uns, mit vielen Unwettern aber wenig Veranstaltungen. Nichtsdestotrotz dürfen wir euch wieder unseren Freiheitskämpfer in gewohnter Stärke präsentieren. Unser Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic schildert uns seine Eindrücke der Gedenkveranstaltung zum 20. Juli 1944 in Berlin, bei der er unsere Kameradschaft vertreten konnte. Außerdem macht er auf eine geplante Novelle zum Nationalfondsgesetz aufmerksam, die bei unseren drei Opferverbänden auf Verwunderung gestoßen ist.

General a.D. Hubertus Trauttenberg hat mich dankenswerterweise auf einige Gedenk-Initiativen in Oberösterreich aufmerksam gemacht, die wir gerne hier vorstellen: In Gmunden wird seit dem Frühjahr an prominenter Stelle, der Esplanade, den Opfern des Nationalsozialismus gedacht, in Bad Ischl finden sich nun Wander- und Radwege zu Opfern und Widerstand. Man sieht, dass die Aufarbeitung der Regionalgeschichte durch die betroffenen Gemeinden Bewusstsein zu ihrer Vergangenheit schafft – erfreulich ist, dass die reale Umsetzung von Gedenkstätten auf Gemeindeebene in zeitlich vorzeigbaren Rahmen passiert, hier darf sich der Bund ein Beispiel nehmen.

Am 3. November findet wieder unser November-Gedenken statt. Wir können diese Veranstaltung all unseren Mitgliedern nur ans Herz legen, vor allem die Schulklassen geben sich große Mühe für ihre Beiträge und verdienen ein breites und interessiertes Publikum.

*Euer
Mario Strigl*



BM für Landesverteidigung Boris Pistorius, Konstanze von Schulthess-Rechberg Tochter von Oberst Stauffenberg

Gedenkveranstaltung der deutschen Bundesregierung anlässlich des 79. Jahrestages des 20. Juli 1944

Über Veranlassung unserer steirischen Organisation erhielt Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic eine persönliche Einladung für eine Teilnahme an dieser denkwürdigen Veranstaltung.



Ehrentafel im Bendlerblock

Die Feierlichkeiten begannen am 19. Juli abends mit einem Empfang des regierenden Bürgermeisters von Berlin Kai Wegener (CDU) im Wappensaal des Roten Rathauses in Berlin-Mitte. Bei dieser Veranstaltung nahmen neben den örtlichen Festgästen, dem BM für Landesverteidigung Boris Pistorius, auch viele Berliner Schulkinder teil.

Den Höhepunkt der Ereignisse bildete dann der 20. Juli mit einer Feierstunde in der Mittagszeit im Ehrenhof des BENDLER Blocks, dort befindet sich auch heute noch der BM für Landesverteidigung. 1944 war in diesem Gebiet die Zentrale der sogenannten Ersatzarmee untergebracht, die für den Frontnachschub zu sorgen hatten. Die um den Bendlerblock führende Straße wurde nach 1945 nach der zentralen Persönlichkeit des 20. Juli in Stauffenberg-Straße umbenannt.

Viele der Teilnehmer der mittäglichen Veranstaltung, bei der von allen deutschen Parlamentsparteien und weiteren Organisationen Kränze (insgesamt 30 Stück) vor der im Hofinneren angebrachten Gedenk- und Weihetafel niedergelegt wurden,

besuchte dann am Nachmittag ein großer Teil die dort angesiedelte, großartige aufgebaute und klar strukturierte Gedenkstätte des deutschen Widerstandes.

Als Österreicher, der wenige Tage zuvor in Auschwitz eine undiskutabel gestaltete Gedenkstätte des österreichischen Widerstandes besichtigen konnte, kam fast Schamgefühl

auf. Wer hat diesen Dilettantismus zu verantworten?

Der Höhepunkt des Tages erfolgte dann um 17:00 Uhr auf dem wunderschönen Paradeplatz im Bendlerblock, allseits umrahmt von Tribünen: Über 1.000 Rekruten aller Waffengattungen legten vor BM Pistorius, dem Generalinspektor der Bundeswehr General Carsten Breuer und Frau Konstanze von Schulthess-Rechberg, der im Jänner 1945 geborenen jüngsten Tochter des Oberst Stauffenberg, ihr Militärgelöbnis ab.

Der Bundesminister erwähnte dabei in fairer Weise, dass die meisten der Verschwörer des 20. Juli ursprünglich Adolf Hitler zugejubelt hätten und auch Großteils in die NS Partei eintraten. Als sie jedoch nach Kriegsbeginn mit eigenen Augen die Gräueltaten an der Ostbevölkerung und den Juden wahrnahmen,

wendete sich ihre Einstellung und es siegte ihr Gewissen und letztlich auch ihr Nationalstolz.

Bekanntlich wüteten in Polen und der Ukraine, abgesehen von der SS und der Wehrmacht, auch sogenannte Polizeibataillone, zusammengestellt aus nicht mehr wehrfähigen Männern, die hinter der Frontlinie Furchtbares verbrochen haben. Und das alles ohne jeglichen Zwang von oben. Derartige Schandtaten können die beeindruckendsten Widerstands-Gedenktage nur unvollständig verdecken.

Gesprächsweise vernahm der Verfasser dieses Berichtes noch von einem Tribünensitznachbarn, dass die anwesende Tochter Stauffenbergs sofort nach ihrer Geburt in ein nationalsozialistisches Kinderheim gebracht wurde, wo sie bis zum Ende der NS Herrschaft verbleiben sollte. **NK ■**



Werner Anzenberger, Landesvorsitzender sozialdemokratischer Freiheitskämpfer Steiermark, Bundesobmann Norbert Kastelic, Bürgermeister Karl Wegener, Wolfgang Schwarz, Landesobmann ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, Steiermark

Mahnmal für NS-Opfer in Gmunden

In Gmunden gibt es seit 31. März 2023 ein Mahnmal für die Opfer der NS-Zeit. Ein Metallband mit Namen von ermordeten Einwohnern wurde im Rahmen einer Gedenkfeier enthüllt. An der Gedenkfeier nahmen unter anderen Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer, Bürgermeister Stefan Krapf und die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, teil.

Mahnmal verbindet Opfer wieder mit Heimatstadt

Lessing sagte in ihrer Rede, dass das schlichte Metallband des Mahnmals über den Wellen die Namen der Ermordeten wieder mit ihrer Heimatgemeinde verbinde: „Als sie hier noch leb-

ten, sind sie sicher selbst oft hier an der Esplanade gestanden, um auf den See hinauszuschauen. Heute blicken wir auf den Traunsee und sehen ihre Namen, die heimgekehrt sind. Für Gmunden schließt sich hier ein Kreis.“

Sohn vertriebener Juden als Ehrengast

Der Holocaust-Überlebende Frederic Rujder, der als Ehrengast mit seiner Tochter aus Frankreich angereist war, bedankte sich bei jenen, die an der Entstehung des Mahnmals beteiligt waren: „Sie alle haben dafür gearbeitet, dass dieses Mahnmal geschaffen werden konnte, dieses Erinnerungswerk ist noch wichtiger in diesen so dunklen Zeiten, in denen der Respekt vor dem Recht der Menschen, frei und gleich zu

leben, wie es scheint noch nicht für alle selbstverständlich ist.“ Die Geschichte der Familie von Fritz (Frederic) Rujder ist mit Gmunden eng verbunden. Seine Eltern lebten hier bis 1938, als sein Vater in die KZs Dachau und Buchenwald eingewiesen wurde. Nach dessen Entlassung 1939 flohen die Eheleute mit dem wenige Monate alten Fritz über Italien nach Frankreich, wo sie versteckt den Holocaust überlebten. Rujder lebt heute mit seiner Familie in Frankreich.

Bronzeblechband mit Namen von Opfern

2020 beschloss der Gmundner Gemeinderat, ein Mahnmal für die ermordeten NS-Opfer aus Gmunden zu errichten. Im Rahmen eines Wettbewerbs entschied sich eine fünfköpfige

Jury, bestehend aus Mag.^a Hannah Lessing, Dr.ⁱⁿ Elisabeth Fiedler (Chefkuratorin und Leiterin des Institutes für Kunst im öffentlichen Raum, Ioanneum Graz), Dr. Gregor Holzinger (Leiter der Forschungsstelle des Mauthausen Memorial), Dr. Wolfgang Quatember (Leiter des Zeitgeschichtemuseums und der KZ-Gedenkstätte Ebensee) und Dr. Andreas Hecht (Gmundner Kulturreferent) für das Projekt des Gmundner Architekten und HTL-Lehrers Kurt Ellmauer. Das Mahnmal besteht aus einem Bronzeblechband mit den Namen von 25 jüdischen Verfolgten, 16 Euthanasieopfern und 19 politisch Verfolgten. Über einen QR-Code können Interessierte mehr über das Schicksal der Opfer erfahren und deren Biografien online abrufen.¹

► Der Spruch der Jury: „An Kurt Ellmauers Arbeit überzeugt ihre Klarheit, Schlichtheit und Unaufdringlichkeit. Im aktuellen internationalen Kunst-Kontext ist diesen Qualitäten gegenüber einer monumentalen, skulpturalen Lösung, die auf Wucht oder gar die Abbildung geschundener Körper setzt, der Vorzug zu geben. Ellmauers Mahnmal für alle Gmundner Opfer des Nationalsozialismus korrespondiert auf ideale Weise mit der Umgebung. Alle Aufmerksamkeit gehört den Namen der Ermordeten, die über der Ufer-Brüstung in der Nachmittagssonne aufleuchten. Diese Menschen bleiben für die Nachwelt präsent, und doch verflüchtigen sich ihr Leben und Leiden angesichts der oben abgefrästen Buchstaben im Glitzern der Traunsee-Wellen. Diese eindringliche poetische Wirkung bedarf keiner langen Erläuterung. Sie entfaltet sich für nahezu alle Einheimischen und Gäste, die die Esplanade, die attraktivste und am häufigsten frequentierte Meile Gmundens, entlang spazieren.“

Motiv, Entstehungsgeschichte

Gmundens Erinnerungskultur (Kriegerdenkmal am Seebahnhof, Stalingrad-Denkmal am Hochkogel, Soldatenfriedhof-Areal) war Jahrzehnte unausgewogen, richtete sich auf gefallene Soldaten und einige wenige politische Opfer, deren Namen ein Gedenkstein am Stadtfriedhof trägt. Alle anderen waren bislang nicht im öffentlichen Raum präsent. Die Schrift auf der Ufermauer nennt



nun 65 Gmundnerinnen und Gmundner, die aus politischen oder rassistischen Gründen ermordet wurden oder anders zu Tode kamen: viele aus der gänzlich ausgelöschten großen jüdi-

schen Gemeinde Gmundens aber auch Menschen, die wegen ihrer Behinderung oder religiösen bzw. sexuellen Orientierung verfolgt wurden.

General a.D. Hubertus Trautenberg (einst Adjutant von Bundespräsident Thomas Klestil) und Mag. Holger Höllwerth (Co-Autor von „Gmunden 1918 – 1945, eine Stadt in stürmischen Zeiten“) regten an, dass es der Stadt gut anstünde, endlich aller Opfer zu gedenken und fanden

sofort Gehör, wie der Gemeinderatsbeschluss zeigt.

Das Mahnmal sollte ursprünglich vor dem Haupteingang des Stadtfriedhofes errichtet werden, wurde jedoch noch während der Ausschreibungszeit auf die Esplanade verlegt. Das Mahnmal und sein Statement sollen auf der attraktivsten und auch von Touristen am meisten frequentierten Meile der Stadt die größtmögliche Aufmerksamkeit bekommen.² **MS** ■

Musical-Uraufführung und Ausstellung

Am 31. März war in Gmunden zudem die Weltpremiere des Musicals „Briefe von Ruth“, das sich dem Schicksal der 1920 in Wien geborenen und 1942 in Auschwitz ermordeten Künstlerin Ruth Maier widmet. Auch die vom DÖW konzipierte und vom Nationalfonds mitfinanzierte Ausstellung „Das kurze Leben der Ruth Maier. Wien – Oslo – Auschwitz“ wurde gezeigt.

¹ Vgl. <https://ooe.orf.at/stories/3201220/> Abbildungen vom Nationalfonds

² Vgl. Medienausendung der Stadtgemeinde Gmunden vom 24.03.2023

Nationalfonds der Republik Österreich

Im Juli 2023 erreichte uns ein Initiativantrag an das Parlament, gezeichnet von den stimmberechtigten Mitgliedern des Nationalfonds der Republik Österreich, Abg.z.NR Eva Blimlinger (Grüne) und Martin Engelberg (ÖVP). Die drei in der ARGE der NS Opferverbände zusammengeschlossenen politischen Gruppen wurden davon nicht nur überrascht, sondern auch ziemlich verstimmt darüber, sodass sie

dazu folgende Stellungnahme verfassten.

Diese wurde auch im persönlichen Gespräch dem NR-Präsidenten Mag. Sobotka durch die Sprecher der drei politischen Opferverbände mitgeteilt.

Unsere Einwände wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir werden die weitere Entwicklung interessiert verfolgen.

NK ■

Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich

KZ-Verband/VdA – Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus



Postanschrift: 1080 Wien, Laudongasse 16

STELLUNGNAHME DER ARGE DER NS-OPFERVÄNDE

Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Opferverbände (ARGE) und damit als vom Opferfürsorgegesetz zur Vertretung der Interessen der NS-Opfer und Widerstandskämpfer/innen berufenen Institutionen nehmen zum Reformvorhaben in Bezug auf den Nationalfonds wie folgt Stellung:

Im Sinne des *antinationalsozialistischen Grundkonsenses* der Republik müssen wir leider auf diesem Weg unsere Überlegungen zu einer umfassenden Novelle des Nationalfondsgesetzes auf Initiative der Abgeordneten Mag. Martin Engelberg und Mag.a Eva Blimlinger Stellung nehmen, da wir keine Möglichkeit bekommen haben, dies innerhalb des Kuratoriums des Nationalfonds zu debattieren.

Eingangs müssen wir festhalten, dass die gewählte Vorgangsweise, eine Initiative zur Reform des Nationalfondsgesetzes zu setzen *ohne das Gespräch mit den politischen Opferverbänden zu suchen*, weder der erinnerungspolitischen Tradition des Nationalfonds entspricht noch den notwendigen Respekt gegenüber den WiderstandskämpferInnen und Widerstandskämpfern für Österreichs Freiheit in sich trägt! In den vergangenen Jahrzehnten sahen sich die Opferverbände stets zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Parlamentsfraktionen, Bundesministerien, VertreterInnen anderer Opferorganisationen sowie renommierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Politik im Kuratorium des Nationalfonds verpflichtet. Aus diesem Grund möchten wir eindringlich davor warnen, den Weg der konsensualen Initiativsetzung und Entscheidungsfindung zu verlassen. Andernfalls droht der Nationalfonds und damit das Rückgrat der zivilgesellschaftlichen Erinnerungsarbeit in Österreich erheblichen Schaden zu nehmen.

Im Zuge dieser Stellungnahme können wir nur einige rudimentäre Kritikpunkte anführen, da wir eine umfassende Debatte innerhalb der Gremien des Nationalfonds einfordern. Zu der Individual-Förderung von Gedenkdienstleistenden über den Nationalfonds: Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb diese Förderung über den Nationalfonds und nicht über das zuständige Bundesministerium ausbezahlt werden soll. Diese doppelte Förderstruktur, dies auch angesichts der aktuellen kritischen Prüfung einer der beiden Trägerorganisationen, scheint uns nicht angebracht! Zudem würde, angenommen es würde im Durchschnitt die Hälfte der maximalen Individualsumme ausbezahlt werden, dies über Euro 200.000, und somit ein Fünftel der gesamten Projektförderungen binden. Da dies zu Lasten anderer antifaschistischer zivilgesellschaftlicher Projekte geht, fordern wir die finanzielle Absicherung der Gedenkdienstleistenden über die dafür vorgesehenen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Hinsichtlich der Austauschprogramme für Jugendliche darf die ARGE festhalten, dass wir umfassende Bemühungen zur Bewusstseinsbildung im Zusammenhang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus unterstützen. Wir möchten jedoch anregen, die vorliegende Einschränkung aufzuheben und Austauschprogramme für Jugendliche auch für andere vom Nationalsozialismus verfolgte und ermordete Gruppen zu fördern! Der Nationalfonds laut Paragraph 1 Absatz 2 Nationalfondsgesetz hat das Ziel, die besondere Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen. Es war stets unumstößlicher Konsens, dass dies auf *alle Opfergruppen des Nationalsozialismus* anzuwenden ist, und nicht nur auf einzelne.

Seite -2-

Für die ARGE ist die Einsetzung eines Beirates nicht nachvollziehbar! Die bisherige Arbeit des Komites und Kuratoriums ist absolut zufriedenstellend und lässt keine Notwendigkeit zu einer Reform erkennen. Sofern von anderen Kuratoriumsmitgliedern eine stärkere Einbindung von WissenschaftlerInnen auch abseits der starken bestehenden Einbindung im Zuge des Kuratoriums als notwendig erachtet, könnte man eine partielle Erweiterung des Komitees andenken. Sofern der Beirat eingerichtet wird, fordern wir, dass die Arbeitsgemeinschaft namentlich im Beirat Aufnahme findet und somit einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Erinnerung der NS-Opfer leisten kann!

Hinsichtlich der Änderungen im Zusammenhang mit der Österreich Ausstellung an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau ist eine Klarstellung dahingehend notwendig, dass der Nationalfonds für die Gewährleistung des Betriebes der neugestalteten Länderausstellung zuständig ist. Im gegenständlichen Antrag scheint dies grob missverständlich zu sein! Im Initiativ-Antrag ist neuerdings von der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Homophobie die Rede. Generell ist die getroffene Einschränkung auf diese vier Diskriminierungsformen für uns im Kontext des Nationalfonds nicht nachvollziehbar. Zudem sollte der spezifische Kontext der NS-Verbrechen nicht noch weiter ausgehöhlt und aufgeweicht werden. Der Nationalfonds soll primär den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet sein, und nicht der „allgemeinen“ Präventionsarbeit gegen vier ausgewählte Diskriminierungsformen.

Wir legen Protest dagegen ein, dass durch die Novelle des Gesetzes die lebensgeschichtlichen Zeugnisse von Opfern des Nationalsozialismus durch den Nationalfonds nicht mehr erforscht und dokumentiert werden dürfen. Diese Änderung ist für uns nicht nachvollziehbar und dürfte einem tiefen Misstrauen mancher Kuratoriumsmitglieder gegenüber den engagierten und kompetenten MitarbeiterInnen des Fonds entspringen. Generell scheinen uns einige Änderungen eher aus dem Bereich des Misstrauens gegenüber der laufenden Arbeit des Fonds zu kommen als aus einem ehrlichen Verbesserungsanspruch. Abseits vieler Nebensächlichkeiten (jährliche Konferenz, eine undefinierte Plattform, zusätzliche administrative Berichtspflichten, Schwerpunktsetzungen als politische Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft) giftet dies in der Etablierung eines sogenannten Vorstandes. Für die ARGE ist die zusätzliche Schaffung eines Verwaltungspostens nicht nachvollziehbar. Einerseits hat der Nationalfonds so wenige Mitarbeitende wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Warum muss dann nun ein zweiter Management-Posten geschaffen werden? Andererseits finden wir das bestehende Vier-Augen-Prinzip als richtig. Dadurch, dass der Präsident des Nationalfonds in die laufende Arbeit des Fonds eingebunden ist, genießt der Fonds besonderes Vertrauen! Über Jahrzehnte haben die MitarbeiterInnen des Fonds, mit der Generalsekretärin an ihrer Spitze, unter der engen Abstimmung mit den jeweiligen Präsidenten des Nationalrates, tadellose Arbeit geleistet! Für uns nicht nachvollziehbar, weshalb diese gut funktionierenden Strukturen geändert werden sollen.

Mit dem Ersuchen um Berücksichtigung dieser Stellungnahme verbleiben wir

mit besten Grüßen

Dr. Winfried Garscha
Sprecher der ARGE der Opferverbände

Dr. Norbert Kastelic
Bundesobmann

Dr. Gerald Netzl
Bundesvorsitzender

KZ-Verband/VdA – Bundesverband
österreichischer AntifaschistInnen
WiderstandskämpferInnen und

ÖVP Kameradschaft der politisch
Verfolgten und Bekenner für Österreich

Bund Sozialdemokratischer
FreiheitskämpferInnen,
Opfer des Faschismus und
aktiver AntifaschistInnen

Gedenktafel in Retz

Am 31. August enthüllten die Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Claudia Prutscher, die Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds Hannah Lessing sowie Vertreter der 1938 vertriebenen Familie König am Hauptplatz von Retz eine Gedenktafel für die Jüdinnen und Juden, die dem Regime des Nationalsozialismus zum Opfer fielen.

Sofort mit dem Einmarsch der deutschen Truppen kam es zu Putz- und Reibpartien, zum Beschmieren und Boykott jüdischer Geschäfte, Demütigungen, Plünderungen etc. Am 20.9.1938 folgender Bericht: „Ich melde, dass in der Nacht zum 20.9.1938 bei sämtlichen Judenhäusern die Fenster durch Steinwürfe eingeworfen wurden.“

Durch die Bestellung „kommissarischer Verwalter“ für jüdische Betriebe entzog man der jüdischen Bevölkerung die wirtschaftliche Existenzgrundlage, sie mussten ihre Häuser und Geschäfte verkaufen. Nach erfolgreicher zwangsweiser Vertreibung war Ende September 1938 keiner der vormaligen 45 Juden mehr in Retz. Die lokale jüdische Gemeinde existierte nicht mehr. Vgl. https://www.retz.gv.at/de/Stadterneuerung_Projekte/Gedenktafel_Juedisches_Retz_überarbeitet_MS

Stecknadeln der Erinnerung

Stecknadeln der Erinnerung ist ein Gedenkprojekt der Stadtgemeinde Bad Ischl in Zusammenarbeit mit der Künstlerin Teresa Distelberger. Diese widmete sich in einem partizipativen Prozess mit lokalen Historikerinnen und Historikern den vielschichtigen Geschichten aus den 1930/40er Jahren in Bad Ischl.

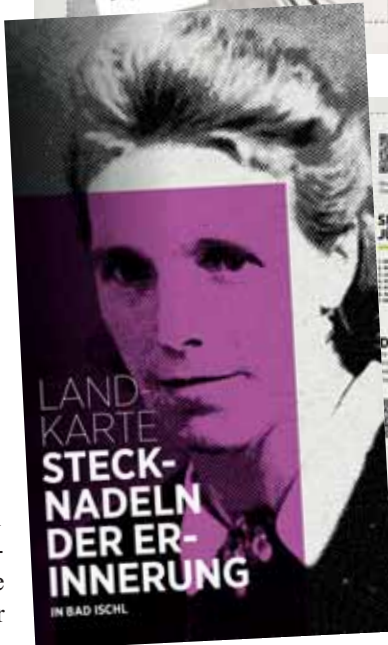
Überdimensionale Stecknadeln markieren nun in Bad Ischl ausgewählte Orte mit Geschichte(n) rund um die NS-Zeit, die mit einer Landkarte gefunden werden können. Die Landkarte liegt im Tourismusbüro, bei der Salzkammergut Touristik und in der Gemeinde Bad Ischl auf bzw. zum Download:

- >>DOWNLOAD Spazier-Route „Jüdisches Ischl“
- >>DOWNLOAD Rad-Routen „Widerstand“ und „Stecknadeln der Erinnerung“
- >>DOWNLOAD der gesamten Landkarte mit Infos

Es ist möglich, nur einzelne Stecknadeln aufzusuchen, oder man folgt der Spazier-Route „Jüdisches Ischl“, der Rad-Route „Widerstand“ oder der großen Rad-Route mit allen „Stecknadeln der Erinnerung“.

– Die Spazier-Route „Jüdisches Ischl“ bietet exemplarische Einblicke in das Schicksal ehemaliger jüdischer Bewohner*innen von Bad Ischl sowie in die Aktivitäten der Ischler „Ariseure“.

– Die Rad-Route „Widerstand“ startet am Bahnhof und führt weit aus dem Zentrum hinaus. Unterwegs ehrt sie mehrere mutige Menschen und so manch gutes Versteck.



– Die Rad-Route „Stecknadeln der Erinnerung“ kombiniert die markierten Punkte vom „Jüdischen Ischl“ und vom „Widerstand“ – wer diesem Weg folgt, wird alle 12 Stecknadeln finden.



Die Stecknadelköpfe können aufgeklappt werden, darin befinden sich Bilder und Geschichten über historische Begebenheiten am jeweiligen Ort. Außerdem finden sich in allen Stecknadeln QR-Codes, die mit einem Smartphone geöffnet werden können. Ein interessanter neuer Weg der Prä-

sentation, der vielleicht Schule machen wird.

„Die Vergangenheit scheint lang vorbei, und doch ist sie präsent. Wer genauer schaut und mehr wissen will, findet ihre Spuren.“

MS ■

Quelle: https://www.bad-ischl.ooe.gv.at/Kultur_Freizeit/Kultur/Stecknadeln_der_Erinnerung

General Hubert Wingelbauer

Vom Widerstandskämpfer zum Generaltruppeninspektor

Hubert Johann Wingelbauer wurde am 25. März 1915 in Wien geboren und legte 1933 an der Mittelschule in Hernalds die Matura mit Auszeichnung ab. Am 6. November 1933 trat er als Einjährig-Freiwilliger in das Wiener Infanterieregiment „Alt-Starhemberg“ Nr. 2 ein. Während des Juli-Putsches war Wingelbauer mit seiner Kompanie im Lavanttal in Kärnten eingesetzt, um dort die Absetzbewegungen der Nationalsozialisten ins benachbarte Jugoslawien zu unterbinden.¹ Im Oktober 1934 absolvierte er die Aufnahmeprüfung für die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt und wurde am 22.10.1934 zum Akademikerbataillon transferiert.

Mit Wirksamkeit vom 01.04.1937 wurde Wingelbauer als Leutnant zur MG-Kompanie des Kraftfahr-Jägerbataillons Nr. 1 nach Neusiedl am See ausgemustert, wo er bis 31. Juli 1938 als Zugskommandant in der 2. Kompanie diente. Als begeisterter Motorradfahrer legte er 1937 die Prüfung zum Heereskraftfahrlehrer ab und wurde zum Kraftfahrlehrer ausgebildet.

Die Tage des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich erlebte Wingelbauer als Angehöriger der „Schnellen Division“ folgendermaßen: Am Morgen des 11. März 1938 wurde strenge Bereitschaft angeordnet sowie die Reservisten des Geburtsjahrganges 1915 zu einer Waffenübung einberufen, was praktisch einer Teilmobilmachung gleichkam. Schon wenige Stunden später wurde das Bataillon alarmiert und die Verlegung nach Oberösterreich befohlen,



Wingelbauer im März 1938 als Leutnant in Uniform des Österreichischen Bundesheeres

um dort der Linzer (4.) Division unterstellt und zur Grenzverteidigung eingesetzt zu werden.² In Bruck an der Leitha warteten bereits sechs Panzerspähwagen des dortigen Panzerwagenbataillons, die dem Kraftfahrjägerbataillon unterstellt wurden. Diese Kampfgruppe mit für damalige Begriffe beachtlicher Schnelligkeit, Geländegängigkeit und Feuerkraft durchquerte gegen 13.00 Uhr Wien, ohne Besonderes zu bemerken. Erst in St. Pölten waren die Straßen belebter und das Bataillon wurde mit Applaus und Hochrufen auf Österreich begrüßt. Ganz anders dagegen das Straßenbild in Melk: Häuser und Fenster waren mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, das Bundesheer wurde mit Pfuirufen bedacht. Bei Blindenmarkt

überspannte ein aus Hakenkreuzfahnen gebildetes Transparent die Straße und wurde von Burschen in „einschlägiger“ Kleidung bewacht - die als Sicherung vorausfahrende Gruppe nahm dies zum Anlass, ohne einem diesbezüglichen Befehl die Burschen zu verprügeln und das Transparent zu entfernen. In Amstetten ein ähnliches Bild, die Straßen voller Hakenkreuzfahnen und Menschen, die das Bundesheer mit Rufen wie „Schuschnigg-Knechte“ begrüßten, es kam jedoch zu keinen Zwischenfällen. Als das Bataillon vor 18.00 Uhr die Enns erreichte, überbrachte der Ordon-

nanzoffizier den Befehl, den Weitermarsch einzustellen und Unterkünfte zu beziehen. Überraschung und Enttäuschung waren die Folge, vor allem als vom Landesverteidigungsministerium die Weisung kam, sich für den Fall des Einmarsches deutscher Truppen ohne Abgabe eines Schusses ostwärts zurückzuziehen. „In mir war eine Welt zusammengestürzt und ähnlich muß es einigen meiner gleichaltrigen Kameraden ergangen sein: wir fühlten uns plötzlich im Stich gelassen und über unsere Vorgesetzten, die ebenso ratlos wie wir waren, sehr enttäuscht.“ Am nächsten Morgen kam der Befehl zum Rückmarsch, der sich in der gleichen militärischen Ordnung wie am Vortag vollzog. Beginnend von Enns prangten Städte und Ortschaften im neuen Flaggenschmuck, die Bewohner hielten das Bataillon wohl für erste deutsche Truppen und applaudierten. Erst nach Wien wurde die Euphorie spärlicher. Das Bataillon kehrte schließlich in die Kaserne zurück, ein Großteil seiner Angehörigen war niedergeschlagen und hatte zu dem ihnen umgebenden Jubel keine innere Beziehung.³

Am 14. März 1938 wurde Wingelbauer in die Deutsche Wehrmacht übernommen und erneut vereidigt. Am 1. August 1938 wurde er zur militärischen „Umschulung“ zum Schützenregiment 12 nach Meiningen in Thüringen versetzt und als Nachrichtenoffizier eingeteilt. Mit diesem Regiment machte er den Einmarsch im Sudetenland bis zur Besetzung Prags mit. Er

1 Information von General iR Othmar Tauschitz vom 27.03.2011.

2 Das KfJB 1 zählte ca. 15 Offiziere und 400 Unteroffiziere und Mannschaften, war vollmotorisiert und verfügte über rund 50 geländegängige Kfz und knapp 20 Motorräder mit und ohne Beiwagen.

3 Vgl. Wingelbauer, Hubert: „Das österreichische Bundesheer“, in „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte“, Band 2, Wien 1978, S. 41 - 47.

erwarb den Wehrmacht-Führer- als auch -Fahrlehrerschein und absolvierte Lehrgänge zum Pionier-Zugführer in Dessau, zum Kompaniechef in Berlin und einen Gasschutzlehrgang in Celle. Am 1. April 1939 wurde Wingelbauer zum Oberleutnant und Kompaniechef ernannt.

Kurz darauf wurde Wingelbauer davon in Kenntnis gesetzt, dass er mit 30. April 1939 aus dem aktiven Wehrdienst entlassen werde. Das diesbezügliche Schreiben des Chefs des Heerespersonalamtes vom 25.01.1939 besagt Folgendes:

„Der Herr Oberbefehlshaber des Heeres hat sich beim Vortrag dahin ausgesprochen, daß er zu seinem aufrichtigen Bedauern die Entlassung [...] 9.) des Leutnants WINGELBAUER im Schütz.Rgt. 12 [...] aus dem aktiven Wehrdienst trotz voller Würdigung ihrer Verdienste auf Grund des §24/3 W.G.⁴ mit dem 30. April 1939 beantragen bzw. durchführen wird. [...] Ich bitte, dies den verdienten Offizieren bekanntzugeben. [...] Keitel.“⁵

In Wahrheit entsprach Wingelbauer nicht den rassischen Anforderungen der Nürnberger Gesetze. Sein „kleiner Abstammungsnachweis“ weist ihn aufgrund seiner beiden jüdischen Großeltern mütterlicherseits als „Mischling 1. Grades“ aus, eine militärische Laufbahn war somit unmöglich.

Nach seiner Rückkehr studierte Wingelbauer drei Semester Maschinenbau an der Technischen Hochschule in Wien, am 01.08.1940 wurde ihm jedoch vom „Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ das Weiterstudium aufgrund seiner jüdischen Abstammung untersagt.

Schon im November 1939 war Wingelbauer der katholisch-konservativen „Österreichischen Freiheitsbewegung ÖFB“ bei-

getreten. Ein Mitglied der ÖFB, Burgschauspieler Otto Hartmann, verriet im Juni 1940 die Gruppe für 30.000 Reichsmark an die Gestapo, was zur Verhaftung von etwa 200 Mitgliedern dreier österreichischer Widerstandsbewegungen führte. Auch Wingelbauer, bei dem bei einer Hausdurchsuchung belastendes Material gefunden wurde, wurde „als dringend verdächtig, sich

aufsicht gestellt und musste sich zweimal wöchentlich melden. Ab 4. Mai 1943 arbeitete er in einer Werkzeughandlung - bis ihn mit 31. Mai 1944 wieder Vorladungen des Oberlandesgerichtes Wien wegen Vorbereitung zum Hochverrat erreichten. Das vermeintlich eingestellte Verfahren war wiederaufgenommen worden. Unabhängig davon wurde Wingelbauer von der

Die Hauptverhandlung in der Strafsache „wegen des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrates und Nichtanzeige eines hochverräterischen Unternehmens“ wurde für 23. November 1944 im Wiener Justizpalast festgesetzt. Wingelbauer wurde zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt, die Vorhaft jedoch angerechnet und daher die Strafe als verbüßt erkannt. Doch damit war sein Leidensweg noch nicht beendet.

Am 01. Februar 1945 richtete die Unterabteilung für Rassenfragen des Reichsinnenministeriums an die Gauleitung Wien ein streng geheimes Schreiben betreffend „Mischlinge 1. Grades, jüdisch Versippte und politisch Vorbestrafte“: „Im Verfolge des Rosenbergplanes zur Ausmerzung des jüdischen Blutes im deutschen Volke, Absatz V., fordere ich Sie auf, am 16. Feber l.J. einen Transport von ca. 500 gut arbeitsfähigen Mischlingen I.G., jüdisch Versippte und pol. Vorbestraften zusammenzustellen und dieselben der Landesregierung Steiermark zur Fertigstellung des Stellungsbauabschnittes Deutsch-Schützen zur Verfügung zu stellen. Die Fertigstellung hat bis zum 16. April 1945 zu erfolgen und sind sodann die in Abschnitt V des oberwähnten Planes erwähnten Maßnahmen anzuwenden. Heil Hitler!“

In der Folge wurde Wingelbauer am 3. Februar 1945 zum „kurzfristigen Notdienst“ herangezogen: Er hatte sich am 16. Februar in Wien-Hernals zu melden und wurde zum Stellungsbau Steiermark zur Dienstleis-



Wingelbauer im März 1938 als Leutnant in Uniform der Deutschen Wehrmacht

für eine Organisation zum Nachteile des Deutschen Reiches zu betätigen“ am 24.09.1940 mit Schutzhaftbefehl in Gestapo-Haft genommen.

Nach insgesamt zwei Jahren, sechs Monaten und 24 Tagen Schutzhaft, meist Einzelhaft in verschiedenen Gefängnissen, wurde Wingelbauer am 29. März 1943 aus dem Männerstrafgefängnis und Frauenzuchthaus Anrath bei Krefeld⁶ ohne Angabe von Gründen entlassen. Zurück in Wien wurde er unter Polizei-

Ortsgruppe Kalvarienberg der NSDAP zwischenzeitlich für würdig befunden, zumindest im Volkssturm militärisch zu agieren, und ebendort als „gemeiner“ Volkssturmsoldat erfasst.

4 „§ 24. Entlassung aus besonderen Gründen. (3) Offiziere können außerdem aus dem aktiven Wehrdienst entlassen werden, wenn für sie keine Verwendungsmöglichkeit mehr besteht.“ Wehrgesetz vom 21.05.1935.

5 Neben Wingelbauer wurden mit gleichem Schreiben folgende Offiziere aus der Wehrmacht entlassen: Oberleutnant Andreas Dragon im IR 134 (vormals NÖ-IR 6), Major Heinrich Müller im IR 131 (vormals Wr-IR 3), Hauptmann Norbert Putz im IR 133 (vormals K-IR 5), Oberleutnant Alois Kuhn-Kuhnenfeld im IR 134 (vormals Wr-IR 4), Oberleutnant Walter Götz im GJR 139 (vormals NÖ-IR 6), Oberleutnant Franz Handel im KR 11 (vormals DR 2), Oberleutnant Richard Färber im AR 102 (vormals Wr-LAR 9), Oberleutnant Wilhelm Goriany im AR 111 (vormals S-LAR 8) und Leutnant Hellwig im GJR 99

6 Zwischen der Familie Wingelbauer und der Familie seines Gefängniswärters Tebraak entwickelte sich in der Folge eine briefliche Korrespondenz, die bis zum Ableben Wingelbauers 1987 währen sollte..



tung zugewiesen. Im Zuge des schnellen Zurückweichens der deutschen Truppen und der damit verbundenen Auflösungserscheinungen konnte sich Wingelbauer mit einigen Leidensgenossen vom Arbeitseinsatz am 01. April 1945 absetzen und nach Wien durchschlagen.

Schon ab 30. Mai 1945 wurde Hubert Wingelbauer als Sachbearbeiter des Personalreferates für Offiziere im Dienste des Unterstaatssekretärs für Heerwesen in der neuen Staatskanzlei Heerwesen verwendet. Ab 5. Juli 1945 machte er als Adjutant beim Inspektor für das Kriegsgefangenen- und Heimkehrerwesen Dienst, dann als Adjutant des Leiters des liquidierenden Heeresamtes. Nun erfolgte auch seine Rehabilitierung durch das Bundeskanzleramt unter Anrechnung der Zeit vom 13.03.1938 bis 30.04.1945 bei doppelter Anrechnung seiner Haftzeiten und der Gewährung einer Haftentschädigung. Am 1. Dezember 1945 wurde er von Staatskanzler Karl Renner „aus Anlass der Rehabilitierung“ mit Gültigkeit vom 27.04.1945 zum Oberleutnant befördert, am 22.02.1946 wurde diese Beförderung auf „Hauptmann a.D.“ mit Gültigkeit vom 27.04.1945 erweitert.

Nach der Auflösung des Heeresamtes wurde er mit 09.01.1946 Bearbeiter für Verwaltungsangelegenheiten der Abteilung „L“ im Bundeskanz-

leramt und dazu berechtigt, „Erhebungen zur Feststellung des politischen Leumundes durchzuführen“. Ab 26. Juni 1946 wurde Wingelbauer Referent bei der Pensionsabteilung „A“ des Finanzministeriums. Diese Abteilung, eine Art getarnte Zivilverwaltung für militärische Angelegenheiten, fungierte vorerst als Beratungsorgan der österreichischen Vertretung bei den Londoner Verhandlungen und später als vorbereitende Dienststelle für die Wiederaufstellung eines Bundesheeres. Dort konnte er bei der personellen Neuordnung mitwirken und bei der Lösung schwieriger, die ehemaligen Berufsmilitärpersonen betreffenden Fragen, vor allem bzgl. des Verbotsgesetzes, besondere Dienste leisten.

Viele ehemalige Wehrmachtsoffiziere befürchteten, vom einstigen Widerstandskämpfer Wingelbauer bei einer etwaigen Einstellung in den Bundesdienst benachteiligt zu werden. Doch Wingelbauers Wirken war stets von Toleranz und militärischen Werten geprägt, was auch General Othmar Tauschitz in seiner Trauerrede für Wingelbauer bestätigte: „Jene, die im Widerstand gewesen waren und recht behalten, also gewonnen hatten, fanden sich ohne Rachegefühle mit denen zusammen, die aus einem verlorenen Krieg zurückgekehrt waren und gingen mit ihnen entschlossen daran, das neue Öster-

reich aufzubauen. Unser Toter hat es bewiesen!“⁷

1947 wurde Wingelbauer in das Finanzministerium übernommen, 1953 der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im BMI dienstzugeteilt und 1954 in deren Personalstand übernommen und zum Gendarmemajor (B-Gendarmerie) bei der Gendarmerieschule Oberösterreich I ernannt.

Mit der Unabhängigkeit Österreichs trat Wingelbauer am 19. Juli 1955 in das Amt für Landesverteidigung im BKA über. Schon damals kritisierte er, dass der Weg in das neue österreichische Bundesheer „fast ausnahmslos durch das Nadelöhr einer parteipolitischen Empfehlung“ führte. 1956 wurde Wingelbauer zum Oberstleutnant des höheren militärischen Dienstes ernannt und zunächst zur Artillerietruppenschule und dann zur Infanteriekampfschule dienstzugeteilt. Einer weiteren Dienstzuteilung zur Panzertruppenschule kam am 05.11.1956 eine Versetzung als G 3 zum Gruppenkommando I entgegen, um bei dessen Aufstellung mitzuwirken.

Im März 1957 wurde Wingelbauer nach Krems versetzt, um die Agenden des erkrankten Chefs der 3. Brigade zu übernehmen. In dieser Verwendung war er für Ausbildungs-, Füh-

rungs-, Organisations- und Mobilisierungs-Angelegenheiten der Brigade verantwortlich. Vom Oktober 1957 bis September 1959 absolvierte Wingelbauer den französischen Generalstabskurs an der Ecole Supérieure de Guerre (Kriegsakademie) in Paris.

Am 9. August 1959 war Wingelbauer das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen worden, zu dem ihm General Liebitzky gratulierte: „Damit ist (längst beantragt) Verdienst und schwere Arbeit belohnt, eine Leistung von deren Bedeutung die später Hinzugekommenen kaum eine wirkliche Ahnung haben. Auch nochmals meinen persönlichen Dank für alle treue Hilfe und Mitarbeit in den schweren vergangenen Jahren!“

Sein weiterer militärischer Lebensweg führte ihn vom Chef des Stabes der 2. Brigade über den Leiter der Präsidialabteilung des BMfLV zum Leiter der Zentralabteilung im Rahmen des Generaltruppeninspektorats. Danach war er Militär- und Luftattaché an der Botschaft in Paris, später für die Botschaften in Brüssel, Den Haag und Luxemburg mitakkreditiert. 1969 wurde Wingelbauer Leiter der Gruppe Wehrpolitik im BMfLV, 1970 übernahm er die Aufgabe, ein Koordinierungsbüro aufzustellen und zu leiten. Als Verteidigungsminister Freihsler von seinem Amt zurücktrat, bot Bundeskanzler Kreisky Wingelbauer die Ministeragenden an - dieser lehnte jedoch ab.

1971 wurde Wingelbauer zum Militär- und Luftattaché an den Botschaften in London und Den Haag mit Amtssitz in London bestellt. Nach fünf Jahren in London wurde er 1976 Leiter der Sektion III im BMLV und zum General der Infanterie ernannt. ▶

7 „Grabrede für GdI Hubert Wingelbauer“ von GTI General Othmar Tauschitz am 17.12.1987.

▶ Als Leiter der militärischen Führungssektion betonte er stets die entscheidende Bedeutung guter Vorgesetzter und Ausbilder. 1977 wurde ihm als Einem der wenigen Militärs das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs verliehen.

Wingelbauer wurde Stellvertreter des GTI General Anton Leeb, ehe er mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1978 selbst zum Generaltruppeninspektor bestellt wurde. Sein Schwergewicht lag künftig auf dem weiteren Ausbau der Landwehr als Rückgrat des Milizheeres sowie einer Straffung der militärischen Führungsspitze.⁸ Mit seiner Erfahrung als Attaché gab Wingelbauer Anregungen, die für die intensive internationale Ausrichtung des Bundesheeres sehr bedeutsam waren. Vor allem die Förderung des Fremdsprachenwesens und die Auslandskurse erwiesen sich als wichtige Investition in die Zukunft.⁹

1978 hielt Wingelbauer eine vielbeachtete Rede anlässlich eines Gesprächs der militärischen Spitze mit dem Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Er sprach dabei ganz offen die atmosphärischen Spannungen zwischen Militär und Arbeiterschaft an, fußend auf den Vorgängen des Jahres 1934. Gleichzeitig betonte er, dass im Zeichen der ULV eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von ÖBH und ÖGB unerlässlich sei. Eine unmittelbare Folge die-

ses Gesprächs war der Abschluss der ersten Partnerschaft mit einer Arbeitnehmervertretung, der Gewerkschaft Energie, Bergbau, Metall und der 1. Panzergrenadierdivision am 10.10.1978.¹⁰

1980 erfolgte seine offizielle Verabschiedung in den Ruhestand, bei der ihm von Verteidigungsminister Rösch das Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich verliehen wurde. Wingelbauer bedauerte zum Abschied, dass die Politik

dem Bundesheer nie große Bedeutung zugemessen hatte. Die Außenwirkung des ÖBH als auch das Vertrauen der Nachbarländer in seine Fähigkeiten sei nicht überwältigend: „*Unsere Abhaltewirkung ist gering. Ob sie zu gering ist, das würde erst die Probe aufs Exempel zeigen. Und ich bin kein Prophet.*“¹¹ Nur sieben Jahre später verstarb General iR Hubert Wingelbauer am 9. Dezember 1987 an aplastischer Anämie¹² in Neulengbach.

Zu Hubert Wingelbauer ist festzuhalten, dass sein Weg im Österreichischen Bundesheer nicht leicht war. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner Altersgenossen hatte er für viele einen schweren Mangel: keine Kriegserfahrung. General Fussenegger soll ihm, wie Zeitzeugen berichten, besonders knifflige Aufgaben gestellt und auch sonst viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben. Doch als Wingelbauer Leiter der Zentralabteilung des GTI war, vollzog sich ein

Sinneswandel Fusseneggers. Wingelbauer zeigte sich ihm als kenntnisreicher und loyaler Untergebener. Seine realistischen Urteile, sein Eintreten für militärische Werte und seine Art, Dinge ohne Umschweife darzustellen, beeindruckten Fussenegger außerordentlich. „*Als Wingelbauer Anfang 1966 als Militärattaché nach Paris ging, hat Fussenegger ihn im Kreise seiner engsten Mitarbeiter mit einer sehr persönlichen Würdigung verabschiedet. Es zeigte sich, dass er das Vertrauen eines nicht leicht umzustimmenden Mannes erworben und von ihm die höchste Anerkennung erhalten hatte. Dass ein Mann wie Wingelbauer der vierte Generaltruppeninspektor unserer Armee wurde, gereichte ihm, aber auch dem Bundesheer zur Ehre.*“¹³

MS ■

Quellen:

ÖStA/AdR, Landesverteidigung, Personalaktenreihe, Karton 3004
 Militärgeschichtliche Forschungsabteilung (MGFA), Nachlass Oberst Dietmar Seilinger
 Museum der Österreichischen Militärgeschichte, Maria Anzbach, Bestand „General Hubert Wingelbauer“
 „Die Presse“ 10./11.12.1977, 23.12.1977, 09.01.1978; „Profil“ 10.05.1977; „Der Soldat“ 15.01.1978; „Badener Zeitung“ 05.01.1978; „Salzburger Nachrichten“ 22.12.1977; „Salzburger Volksblatt“ 23.12.1977; „Oberösterreichische Nachrichten“ 23.12.1977; „Kurier“ 23.12.1977; „Kronen-Zeitung“ 27.12.1977; „Neue Ordnung“ März 1978; „Präsenz“ 08.12.1977
 Pleiner, Horst: „Notizen zu Gen Wingelbauer als GTI“, Langenzersdorf 2011
 Wingelbauer, Hubert: „Das österreichische Bundesheer“, in „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte“, Band 2, Wien 1978, S. 39 - 49
 Interviews mit General iR Othmar Tauschitz am 27.03.2011, General iR Horst Pleiner am 05.04.2011 sowie Generalleutnant iR Karl Liko am 28.04.2011.



Wingelbauer 1976 als General des Österreichischen Bundesheeres

8 „Für Wingelbauers Leistung als GTI ist von Bedeutung, dass er sie im Schatten Spannocchis zu erbringen hatte. Er erledigte dies in ruhiger und nüchterner Art. Spannocchis Verhalten machte ihn dabei manchmal wenig glücklich - besonders dann, wenn dieser den Minister kontaktierte, ohne ihn darüber zu informieren.“ Information von Genlt iR Karl Liko am 28.04.2011.

9 „Es gab viele hochrangige, aber kurzsichtige Sparmeister, die sich energisch gegen die „teuren“ Auslandskurse stellten. Da gab es Generäle, die noch darauf stolz waren, dass sie keine Fremdsprachen konnten!“ Genlt iR Karl Liko ebenda.

10 Vgl. Seilinger, Dietmar: „Einig in der Pflicht für Österreich!“ sowie „Vortrag vor dem Bundesvorstand des ÖGB am 8. Mai 1978“, Kdo/FlumR Zl. 4254-3000/85/78; in MGFA Nachlass Obst Dietmar Seilinger, Ordner „Partnerschaft RadStatKdo/LRÜ mit Gewerkschaft für Post- und Telegraphengesellschaft“.

11 „Mittagsjournal Ö1, Ö3“ vom 11.12.1980, 12.00 Uhr.

12 Die Aplastische Anämie ist eine Sonderform der Blutarmut, ein Knochenmarkversagen mit einer Verringerung der Anzahl aller Zellen des Blutes aufgrund von Knochenmarkaplasie. Bei 2-3 Erkrankungen auf 1.000.000 Personen ist diese Anämie in Europa von größter Seltenheit.

13 Genlt iR Karl Liko am 28.04.2011.

Das Urteil des Oberlandesgerichts Wien vom 23.11.1944

Um den nationalsozialistischen Volksgerichtshof zu entlasten, hatte die Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof als oberste Anklagebehörde des „Dritten Reichs“ die Möglichkeit, bei den Delikten „Hochverrat“, „Landesverrat“ oder „Wehrkraftzersetzung“ die Strafverfolgung an den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Wien abzugeben. Zur Verhandlung und Entscheidung wurden beim OLG Wien sogenannte „Besondere Senate“ gebildet, die auch außerhalb Wiens tagten. Die „Hoch- und Landesverratssenate“ waren zuerst mit fünf, ab 1939 mit drei Berufsrichtern besetzt, ab 1942 konnte auch ein Einzelrichter mit Zustimmung des Staatsanwalts Urteile fällen. An den „Besonderen Senate“ des OLG Wien wurden zumindest 1.988 Verfahren gegen 4.163 Personen, darunter 672 Frauen geführt. Im Gegensatz zum Volksgerichtshof war die typische Strafe bei Verfahren am Wiener Oberlandesgericht Zuchthaus, wobei die „Besonderen Senate“ mindestens 17 Todesurteile verhängten.¹

Das Urteil des Oberlandesgericht Wien, in dem auch der im Freiheitskämpfer 1/2023 vorgestellte Matthias Gruber verurteilt wurde, lautet in Bezug auf Hubert Wingelbauer wie folgt:

„Urteil!
Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen

7) Hubert Wingelbauer, Oberleutnant a.D., Mischling I. Grades, geb. am 25.3.1915 in Wien, DRA., r.k., ledig, wohnhaft in Wien 17., Weissgasse 2/18

wegen Verbrechens gegen §§ 80, 83 Abs. 2 und 3 Z. 1 und 3 RStGB. Hat der 8. Senat des Oberlandesgerichtes Wien in der Sitzung vom 23.11.1944, an welcher teilgenommen haben als Richter:

Oberlandesgerichtsrat
Dr. Reindl, Vorsitzender,
Oberlandesgerichtsrat
Dr. Koloseus,
Landesgerichtsdirektor
Dr. Wintersperger,

als Beamter der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Wien:
Erster Staatsanwalt
Dr. Zachar,

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:
Justizangestellte Rohr

nach durchgeführter Hauptverhandlung für Recht erkannt:

Die Angeklagten Franz Jary, Franz Wiener, Arnold Hübler, Wilhelm Sellner und Hubert Wingelbauer haben im Jahre 1940, Wiener auch schon im Herbst 1939, in Wien ihren Beitritt zur Österreichischen Freiheitsbewegung erklärt, Beiträge für diese Bewegung gezahlt, zum Teil auch andere Mitglieder gewonnen, von ihnen Beiträge einkassiert und weitergeleitet. Sie haben dadurch das Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat begangen. Es werden deshalb verurteilt:

Hubert Wingelbauer zu 2 (zwei) Jahren Zuchthaus und 2 (zwei) Jahren Ehrverlust.

Den Angeklagten wird die Vorhaft angerechnet; ihre Strafe ist dadurch verbüßt.



Gründe:

Der 29jährige Hubert Wingelbauer ist Mischling I. Grades, in Wien aufgewachsen, wo er an einem Realgymnasium maturierte. Seit 1933 ist er beim österr. Bundesheer gewesen, war zur Zeit des Anschlusses Leutnant, wurde am 1. April 1939 zum Oberleutnant befördert und kurz darauf wegen seiner Abstammung mit ausdrücklicher Belobung für seine sehr guten Dienstleistungen und einer Sonderbelobung von der deutschen Wehrmacht entlassen. Er bezieht Übergangsgebühren von 237,- RM. Er besuchte zunächst drei Semester der techn. Hochschule in Wien, musste aber auch dieses Studium aufgeben. Politisch ist er nicht hervorgetreten.

Alle Angeklagten sind frei von gerichtlichen Vorstrafen.

Bald nach der Wiedervereinigung der Alpen- und Donaugau mit dem Reiche, hatte der Halbjude Dr. Karl Lederer in Wien die „Österreichische Freiheitsbewegung“ ins Leben gerufen, in der Absicht, den Sturz der nationalsozialistischen Reichsführung, Losreissung der Alpen- und Donaugau vom Reich und die Errichtung eines selbständi-

gen Staates Österreich herbeizuführen. Ziemlich umfangreiche Werbung, Schulung der Mitglieder, Hetzpropaganda, Organisation eines geheimen Parteiapparates mit Sonderabteilungen für Offiziere, Jugend und Frauen, militärische Stosstrupps und finanzieller Fürsorge bildeten die Tätigkeit und Einzelzielsetzung des Dr. Lederer und seiner Helfer. Die angeworbenen Personen wurden mit einer feststehenden Eidesformel auf die Bewegung und zur Verschwiegenheit verpflichtet. Jedes Mitglied hatte grundsätzlich ein Prozent seines Einkommens – teilweise als Unterstützungsbeitrag für bedürftige Mitglieder – zu bezahlen. Zu den Aufgaben der Mitglieder gehörte die mündliche Werbung für das Hauptziel, ein selbständiges Österreich und Gegenagitation gegen die Bestrebungen des nationalsozialistischen Reiches zu leisten; überdies wurde ein Flugblatt „Was nicht im V.B. steht“ in unregelmässigen Zeiträumen herausgebracht und verbreitet. An der Führung der ÖFB. beteiligten sich unter dem Dr. Lederer der Vizeinspektor der Wr. Elektrizitätswerke Rudolf Wallner und ein Dipl. Ing. Alfred Miegler, die alle zum Tode verurteilt wurden. ▶

¹ Vgl. <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1938-1945/todesurteile-des-oberlandesgerichts-wien>

► Das Zentrum der ÖFB befand sich im Kaffee Josefinum in Wien 9., wo Ing. Miegl, Dr. Lederer und andere Personen, zumeist entlassene Offiziere des österr. Bundesheeres „bei Bridgepartien“ zusammenkamen.

Der Angeklagte Wingelbauer war mit Färber vom Bundesheer aus bekannt und teilte diesem im November 1939 seine Verbitte- rung über seine Zwangspensio- nierung mit, worauf ihm Färber Kenntnis gab von dem Bestand einer geheimen Bewegung, die sich aus Unzufriedenen zusammensetzte. Im Jänner 1940 kam Wingelbauer abermals mit Färber zusammen, der ihn nun zu Serschen einlud, und ihm dort die Ziele der ÖFB erklärte. Win- gelbauer wurde mit Handschlag auf die ÖFB verpflichtet, und von dem ebenfalls anwesenden Dr. Lederer und Ing. Miegl auf- gefordert, Mitglieder zu werben; die beiden stellten ihm überdies den Posten eines Unterführers bei den zu bildenden militäri- schen Stosstrupps der ÖFB in Aussicht. Wingelbauer lehnte zwar dies ab, erklärte sich aber bereit, Beiträge zu leisten und zahlte auch dreimal je 3,- bis 4,- RM an Serschen. Von Dr. Lederer erhielt er die Flugschrift

„Was nicht im V.B. steht“, die er wenig beachtete und in einen Kasten seiner Wohnung legte, wo sie von der Polizei gefunden wurde.

In Übereinstimmung mit den seinerzeitigen und den in der Hauptverhandlung vorgebrach- ten Verantwortungen der Ange- klagten und den sonstigen Bewei- sergebnissen war bei allen Ange- klagten anzunehmen, dass sie zunächst nicht unmittelbar aus Gehässigkeit und Feindseligkeit gegen den nationalsozialisti- schen Staat gehandelt haben, wenngleich sie der Idee dessel- ben mit Abneigung gegenüber- standen, sondern, dass sie durch Versprechungen gelockt, in der Hoffnung auf irgendwelche zu erringenden Vorteile, wirt- schaftliche Besserstellung, Wiedereinstellung als Offizier, sich bereit fanden, eine Unter- stützung der zweifellos erkann- ten staatsfeindlichen Bestrebun- gen der ÖFB in Kauf zu nehmen. Dass alle Angeklagten in der

ÖFB. eine zur Gewaltanwen- dung entschlossene und auf die Losreissung der Alpen- und Donaugau aus dem Reichsver- band gerichtete, also hochver- räterische Bewegung erkannten, kann nach den Beweisergebnis- sen nicht zweifelhaft sein. Die Angeklagten Jary, Wiener, Hübl- ler, Sellner und Wingelbauer sind deshalb des Verbrechen der Vor- bereitung eines hochverräteri- schen Unternehmens im Sinne der §§ 80,I und II und 83,II und III,1 RStGB. schuldig.

Die Strafbemessung erfolgte im wesentlichen nach der ver- hältnismässig noch geringeren Gefährlichkeit der Unterneh- mungen, die den Angeklagten zur Kenntnis gekommen waren, und im Hinblick auf den ent- fernteren Vorsatz der Teilneh- mer, welcher der Schuldform der Beihilfe nahekommt. Erschwe- rend war bei allen Tätern die Begehung der Tat zur Kriegszeit, die Fortsetzung des strafbaren Verhaltens und die verschiede-

artige Tätigkeit einzelner Ange- klagter. Mildernd wirkte bei allen Angeklagten ausser den eben dargelegten Erwägungen über den Vorsatz, die freiwillige Abstandnahme, die Unbeschol- tenheit, bei Gruber und Horak, vor allem aber bei Wingelbauer das bei diesem aufrichtige und umfassende Geständnis. Auch das Alter und der beeinträchtigte Gesundheitszustand wurde als Milderungsgrund dort gewür- digt, wo hiedurch der Vollzug der Haft empfindlicher erscheinen mochte. Bei allen Mittätern konnte im gewissen Ausmasse auch ihre unter Ausnützung einer Notlage und Vergrämung erfolgte Verleitung als Milde- rungsgrund gewertet werden.

Soweit die Angeklagten wegen der Vorbereitung zum Hochver- rat verurteilt worden sind, haben sie sich in ehrloser Weise gegen die Sicherheit der Volksgemein- schaft im Kriege vergangen und daher die Anwendung des § 32 RStGB. unabwendbar gemacht.“² MS ■

2 Quelle: Museum der Österrei- chischen Militärgeschichte, Maria Anzbach, Bestand „General Hubert Wingelbauer“.

TERMINVORSCHAU

Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände Österreichs

FREITAG, 3. NOVEMBER 2023

09:00 Uhr: Gedenkfeier im Amtshaus Floridsdorf Am Spitz, 1210 Wien, anschließend Kranzniederlegung bei der Gedenkta- fel und beim Denkmal vor dem Amtshaus (Durchführung: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en)

10:30 Uhr: Gedenkfeier und Kranzniederlegung im ehemali- gen Hinrichtungsraum (Weiheraum) des Landesgerichts für Strafsachen Wien, 1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11 (Durchführung: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich)

12:00 Uhr: Saltorgasse 6, 1010 Wien, Gedenkraum für die Opfer der Gestapo in Wien anschließend Kranzniederle- gung beim Mahnmahl am Morzinplatz (Durchführung: KZ-Ver- band)

SAMSTAG, 19. NOVEMBER 2023

Lackenbach – Im Gedenken an die NS-Opfer unter den Roma und Sinti

Treffpunkt/Abfahrt: Löwelstraße 18, 1010 Wien vor der SPÖ- Parteizentrale.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP

Kameradschaft der politisch

Verfolgten und Bekenner für

Österreich, 1080 Wien,

Laudongasse 16

Tel: 01/406 11 44, Fax: 01/401 43350

Schriftleitung: Dr. Mario Strigl (MS)

Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK)

Fotos: Strigl, Kastelic, Gemeinde

Bad Ischl, Stadtgemeinde Gmunden,

Nationalfonds, ÖVP-Kameradschaft,

Dr. Andreas Fössl, unsplash.com

Satz/Umbruch: Tanja Pichler, Wien

Druck: druck.at



www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at